

Danziger Zeitung.

№ 16771.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Letterhagen's
gasse Nr. 4. und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten
für die Petitzeile oder deren Raum 30 P. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Vom Kronprinzen.

Inwiefern die an der Berliner Börse circulirenden, telegraphisch mitgetheilten Gerüchte von der Ernennung des Prinzen Wilhelm zum Generalmajor und zum Vorkämpfer des Staatsrats zur Zeit schon thatsächliche Unterlagen haben, muß dahin gestellt bleiben. Es liegt ja nahe, daß man etwas früher oder etwas später auch die politischen Konsequenzen aus den über das Befinden des Kronprinzen thatsächlich abgegebenen officiellen Erklärungen ziehen muß. Gerade die fast peinlich berührende Rücksichtslosigkeit, mit welcher der vorgefertigte im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Bericht des Herrn Dr. Schmidt abgefaßt war, scheint auf solche Konsequenzen hinzudeuten. Da, wie Dr. Schmidt in Frankfurt a. M. gesagt hat, auf ausdrücklichen Wunsch des Kronprinzen bei den Veröffentlichungen von jeder Zurückhaltung Abstand genommen worden ist, so muß man schließen, daß der Kronprinz aus seinerseits den Wunsch hat, daß der Sachlage Rechnung getragen werde. Im übrigen hat es nach Mittheilungen aus unterrichteten Kreisen den Anschein, als ob für gewisse früher oder später eintretende Eventualitäten Vorkehrungen getroffen würden, womit denn die Berliner Reise des Reichskanzlers „auf Befehl des Kaisers“ genügend erklärt wäre. Ob in der That die Berufung des Staatsrats beabsichtigt ist und, zwar nicht, wie früher angeflüstert, behufs Beratung über die Grundzüge für die Altersversicherung der Arbeiter, ist, schreibt uns unser Berliner Correspondent, noch nicht festzustellen.

Da die Fehde gegen Madengie, der doch auf Empfehlung deutscher Autoritäten, auf den Wunsch des Kronprinzen und der Kronprinzessin selbst berufen wurde und noch heute das vollste Vertrauen und die Zufriedenheit des hohen Patienten besitzt, nicht ausbricht, ist es von Interesse, auch das Urtheil eines anderen englischen Specialisten und gewissermaßen Concurrenten Madengies zu hören. Der nächst Sir Morell Madengie berühmteste englische Specialist für Halskrankheiten, Kennor Brown, hielt dieser Tage im „Central London Hals- und Ohren-Hospital“ vor zahlreichen Ärzten einen Vortrag über „Gutartige und bösartige Wucherungen im Halse“, worüber uns aus London berichtet wird:

Der Vortragende leitete seine Rede mit der Bemerkung ein, daß er über den Gegenstand sprechen wolle, weil er zur Zeit das öffentliche Interesse in hervorragender Weise beschäftige, vermehrte sich jedoch allmählich, sich aus Ueberfluth in einen Fall zu wandeln, den er nicht persönlich untersucht habe. Derselben Kritiken können nur dazu dienen, diejenigen Ärzte zu beunruhigen, welche eine fürchterliche Verantwortlichkeit auf sich laden. Gutartige Wucherungen im Halse gäbe es dreierlei: 1) solche, die, wenn sie einmal entfernt wären, nicht wieder aufträten; 2) solche, welche zwar wiederkehren, aber in deren Wiederkehr kein Hauptelement bestünde; 3) solche, deren Wiederkehr so hartnäckig sei, daß sie in letztem Sinne den Charakter der Bösartigkeit besäßen, ohne jedoch den ganzen Körper zu inficiren. Gutartige Wucherungen seien im allgemeinen selten und bildeten nicht mehr als 1 Prozent aller chronischen Halskrankheiten. Die gewöhnlichste primäre Ursache sei Congestion der Schleimhäute, und mindestens die Hälfte der Fälle komme bei solchen Personen vor, deren Beruf stärke Anstrengung der Stimme erheischt. Was die Behandlung beträfe, so wichen viele kleinere Wucherungen abkürzenden Mitteln. In jedem Falle sollten dieselben aber mit Instrumenten beseitigt werden, welche keine gebundenen Gewebe verletzen könnten. Durch Instrumente hervorgerufene Verletzungen seien häufig die Ursache, daß Wucherungen, welche anfangs gutartig waren, einen bösartigen Charakter annähmen. Der Redner habe bereits im Jahre 1875 auf diese Thatsache aufmerksam gemacht. Die Ansicht sei leider bei einem oder zwei Kollegen auf Widerspruch gestoßen, letzterer aber sei sie widerwillig als etwas Neues vorgebracht worden. Hieran beschränkt der Redner die verschiedenen bösartigen Wucherungen und unterschiede dabei die mehr oder minder stark hervortretende locale Bösartigkeit und constitutionelle Infection.

Den Schluß des Vortrages bildete die Kritik der verschiedenen Operationen in den bösartigen Fällen. Herr Kennor Brown sprach sich gegen radicale Behandlung durch Ausschneiden aus. Die ungenügende Wucherzahl der so behandelten Fälle verlaute schnell und selbst im Falle des Gelingens künde die Stimme nicht wieder, während das möglicherweise ein einige Jahre verlängerte Leben ein gar elendes sei. Kein Arzt könne daran denken, ein so gewagtes Vorgehen anzurathen, so lange die mikroskopische Untersuchung lehre, daß die Krankheit nicht bösartiger Natur sei. (Das letztere Resultat hatte bekanntlich Virchow's mikroskopische Untersuchung im Frühjahr ergeben.) Die mildere Operation der Tracheotomie besäße alle Vortheile, was die Verlängerung des Lebens beträfe und ein Minimum der Gefahren und des folgenden Elends der sogenannten radicalen Exstirpation.

Wielach sind Kirchengedächtnisse für den Kronprinzen angeordnet worden. Nach einem römischen Telegramm der „Köln. Volkszeitung“ sprach der Papst dem Kronprinzen brieflich seine lebhaftesten Wünsche für dessen Genesung aus und versicherte, daß er in- und für ihn bete.

Ueber die Stimmung des Kronprinzen wird der „Nat. Ztg.“ aus San Remo berichtet:

Der Kronprinz hat Vertrauen und Hoffnung, er verzieht sich zu seiner guten Natur, zu seiner ungebrochenen Körperkraft mehr als zu den Mitteln der Ärzte oder gar zu ihren Roffern. Der Kronprinz ist über alle Chancen der Sachlage so genau und ausführlich aufgeklärt, wie es ein Late mit allerersten Informationsmitteln nur immer sein kann. Und wenn der Kronprinz sein Schicksal in seine eigenen Hände nimmt, so daß das deutsche Volk überzeugt sein, daß seine Gründe ernst, wohlüberlegt und tapfer sind. Den Erfolg stellt der Kronprinz Gott anheim. Inzwischen ist er zur Zeit das, was man einen Musterpatienten nennen darf; mit genauer Sorgfalt werden die ärztlichen Vorschriften eingehalten, ist sein Leben geregelt. Auch würde der, welcher dem Kronprinzen bis in den allerletzten Tagen auf der Brownade begegnete, in den sonnengeleuchteten, festen und freundlichen Zügen, in dem strammen Gang nichts von einem Patienten entdecken. Wie ich authentisch erfahre, lassen die Lebensfunktionen an

Regelmäßigkeit und Kraft nichts zu wünschen übrig, der Appetit ist verb. der Schlaf gesund, der Geist heiter und frisch. Mit allem Guten, Edlen, Schönen hat der Kronprinz sein Lebenlang die Seele genährt, in der Stunde der Prüfung zieht er aus diesem Seelenbesitzthum das kostbarste Gut, das ungehörte Gleichgewicht des Gemüthes; eine unerschöpfliche Quelle der Lebensfreude sprubelt in ihm auch in diesen bewölkten Stunden. Und wer will es dem Kronprinzen verdenken, wenn ihm diese Freudigkeit des inneren Lebens als eine Bürgschaft für die Zukunft erscheint? Die Wirkung, welche die Schönheit der Landschaft auf ein so künstlich angelegtes Gemüth, wie das des hohen Herrn, ausübt, ist nicht zu unterschätzen. Darin liegt ein sehr bedeutsames Element des jetzigen Aufstiegs.

Neuere telegraphische Nachrichten liegen heute aus San Remo nicht vor.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Petersburg, 17. Nov. (W. Z.) Der oberste Eisenbahnrath beschloß heute mit der Frage der Getreidekaraffe im Verkehr mit den Ostseehäfen und den westlichen Landesgrenzen. Die Vertreter der Bahnen beantragten Wiederherstellung des bis zum 1. März 1887 in Kraft gewesenen Getreidekaraffen in gedachtem Verkehr.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. November.

Die Grundzüge der Alters- und Invaliden-Versicherung.

zerfallen in vier Theile: 1) Umfang und Gegenstand der Versicherung, 2) Organisation, 3) Verfahren, 4) Straf- und Uebertretungsbestimmungen. Die ersten beiden Theile des umfangreichen Entwurfs theilen wir bei der Wichtigkeit, welche dieser „Schlüsselstein der sozialen Gerechtigkeit“ beanspruchen kann, heute an anderer Stelle im Wortlaute mit; die beiden letzten werden wir, uns zugleich näherer Besprechungen des Entwurfs vorbehaltend, in der nächsten Morgennummer bringen.

Die Enquete-Romdie.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt heute bereits den dritten Artikel gegen den Vorschlag, den Reichstag der Landwirtschaft vor Erhöhung der Getreidezölle durch eine Enquete festzustellen. Ein aufmerksamer Leser aber wird diesen Erörterungen eine ernsthafte Bedeutung kaum beilegen können. Die ganze Auseinandersetzung der „N. A. Z.“ basiert auf der Unterstellung, daß eine allgemeine Enquete über die Lage der gesamten Landwirtschaft in Deutschland verlangt werde. Eine solche würde allerdings so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß die etwaige Erhöhung der Getreidezölle erst nach ein paar Jahren in Kraft treten könnte. Es ist aber charakteristisch für die Kampfmethode des Blattes, daß es von der einzigen Einwendung, welche keine Argumentation umgehen im Stande ist, gar keine Notiz nimmt. Bekanntlich ist von Anfang an keineswegs eine allgemeine Enquete über die gesamte Lage der Landwirtschaft verlangt worden, sondern lediglich eine Untersuchung der Lage, d. h. der ökonomischen und finanziellen Lage des Großgrundbesitzes, der ja das treibende Element auf dem Gebiet der Zollerrhöhung ist. Daß eine solche Untersuchung, wenn sie ernsthaft angefaßt würde, in wenigen Monaten zum Abschluß gebracht werden könnte, unterliegt keinem Zweifel. Erst nachträglich ist die „Nat.-Lib. Corresp.“, der der erste Vorschlag zu anti-agrarisch war, auf eine amtliche, umfassende und eingehende Enquete über die landwirtschaftlichen Verhältnisse verfallen, deren Ergebnis allerdings, wenn der Ruin der Landwirtschaft, wie die Agrarier behaupten, unmittelbar bevorsteht, nur die Todesurtheile feststellen würde.

Von Interesse ist im übrigen der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur, insofern er es als ausgemacht ansieht, daß der Reichstag sich mit der Frage der Erhöhung der Getreidezölle zu beschäftigen haben werde, ohne daß deshalb der Beantwortung der Frage, ob ein Nothstand, der sofortige Abhilfe erfordert, vorhanden ist, vorgegriffen wäre. Wozu diese Romdie aufgeführt wird, ist schwer zu errathen. Man weiß den Vorschlag einer Enquete zurück, weil, wenn der behauptete Nothstand vorhanden sei, die Erhöhung der Getreidezölle sofort erfolgen müsse. Obgleich aber die Regierung, dieser Auffassung entsprechend, dem Reichstage eine Vorlage wegen Erhöhung der Getreidezölle macht, läßt sie in der Presse in Abrede stellen, daß die Nothlage so dringlich sei, daß zu einer Enquete keine Zeit mehr sei. Man kann doch nicht annehmen, daß die Regierung dem Reichstage eine Zollerrhöhungsvorlage macht, obgleich sie von der Nothwendigkeit der Maßregel nicht überzeugt ist.

Ob unter diesen Umständen auf die gelegentliche Bemerkung, es könne ja zutreffen, daß die Kornzollerhöhung erst im nächsten Sommer wirksam werde, Werth zu legen ist, mag ununtersucht bleiben.

Anti-Kornzoll-Bewegung.

In der Getreidezollfrage scheinen diejenigen, welche eine Erhöhung der Zölle für sehr bedenklich halten, endlich ihre passive Haltung aufzugeben. Aus den verschiedensten Orten wird von Kundgebungen gegen höhere Getreidezölle Meldung gemacht. Auch der deutsche Handelsrat (vergl. unter Deutschland) soll in nächster Zeit zusammentreten. Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft haben sich in letzter Zeit gleichfalls mit der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises beschäftigt. Sie haben, wie man hört, bis jetzt dem Antrag Stolberg (Ausstellung von Zollscheinen beim Export) nicht zugestimmt, sondern zunächst eine Commission zur eingehenden Erörterung der Frage ernannt.

Hoffentlich greift die Gegenbewegung gegen die agrarischen Sonderbestrebungen noch schneller und weiter um sich. Darin werden diejenigen, denen die

Belämpfung der neuen Rölle im Reichstage obliegt, eine gute Stütze finden.

Neubau von Kriegsschiffen.

Die Mittheilungen über den nächstjährigen deutschen Marine-Etat gefallten, das Zutreffen dieser Nachrichten dabei vorausgesetzt, darüber keinen Zweifel, daß für das nächste Jahr von Seiten der deutschen Admiralität umfassende Schiffsbauten beabsichtigt werden. Es handelt sich dabei, meint die „Wagb. Ztg.“, höchst wahrscheinlich um den Bau der vom Reichstage in den dazu erforderlichen Herstellungskosten bereits bewilligten sechs neuen großen Panzer-Kanonenboote, von denen schon früher verlautete, daß zunächst mindestens vier derselben gleichzeitig in Bau genommen werden sollten, und von denen nach allen bisherigen Mittheilungen angenommen werden kann, daß sie in der Reue ihrer Constructionen wie in ihrer Fahrgeschwindigkeit und ihrer überaus starken Geschützarmierung einen höchst werthvollen Zuwachs der deutschen Panzerflotte bilden werden.

Freisinnige und Dänen.

In einer Wählerversammlung, welche am 12. November d. J. in Hadersleben stattfand, hat der dänische Reichstagsabgeordnete Johannsen sich nach dem Bericht der „Dannebrog“ über sein Verhältnis zur deutschfreisinnigen Partei in folgender Weise ausgesprochen. Herr Johannsen sagte: „Mit Rücksicht auf sein Auftreten im Reichstage habe man ihn von deutscher Seite beschuldigt, daß er nicht fest auf dem Programm stehe, worauf er gewählt sei, dem nationalen, sondern daß er mit der deutschfreisinnigen Partei unter einer Decke spiele. Dies ist keineswegs der Fall; das erste Mal, als er als Abgeordneter in den Reichstag gekommen sei, habe der Führer der freisinnigen Partei in einem Gespräch ihn (Johannsen) aufgefordert, die Beschwerden seines Kreises und Nordschleswigs vorzubringen, die Sachen sollten untersucht werden und, wenn die Beschwerden wirklich begründet, Unterstützung bei den Freisinnigen finden. Eine solche Unterstützung würde er dagegen nicht bei ihnen finden, wenn er die nationale Frage berühre und dahin strebe, wieder zu Dänemark zu kommen; in dieser Beziehung würden die Freisinnigen ebenso gut seine Gegner sein als alle anderen Parteien im Reichstage. Er habe darauf geantwortet, daß er niemals irgendwie die Erwartung gehegt habe, daß die Freisinnigen dafür stimmen würden, Nordschleswig an Dänemark abzutreten, aber wenn sie ihn in seiner Beschwerde (wenn sie wirklich begründet) unterstützen wollten, so würde er zufrieden sein.“

Leere Titel.

Der Umstand, daß sich der Fürst von Monaco in seinem großen Titel auch den Namen einiger elsässischer Orte beilegt und daß ebenso der Kaiser von Oesterreich sich noch „Herzog von Lothringen“ nennt, hat einzelne conservative Blätter neuerdings zu der Frage angeregt, ob sich nicht in den großen Titel des deutschen Kaisers an passender Stelle einfügen lasse: „Im Namen des Reiches Herr in Elsaß und Lothringen“. An sich wäre, bemerkt dazu die „Wagb. Ztg.“, gegen einen solchen Vorschlag wenig einzuwenden, wenn nicht das Titelwesen überhaupt einer besonders ernsten Bedeutung ermangelte. Niemand wird den Kaiser von Oesterreich für den Herrscher von Lothringen halten, obwohl er diesen Titel seit alter Zeit trägt, und niemand die Machtthätigkeit des deutschen Kaisers in den Reichslanden bestreiten, obwohl der große Titel desselben von diesen staatsrechtlichen Zuständen nichts verdrängt. Man braucht nur einen Blick in das Gotha'sche Taschenbuch werfen, um überhaupt zu erkennen, wie nicht und inhaltlos viele fürstliche Titel sind, wenn man sie nicht eben lediglich als geschichtliche Erinnerungen gelten lassen will. Der Herzog von Anhalt nennt sich auch Herzog zu Engern und Westfalen, was er doch nicht ist. Franz II. von Bourbon nennt sich noch immer „König beider Sicilien“, auch „König von Jerusalem“, was er niemals gewesen ist, bezgl. auch noch „Herzog von Parma, Biacenza, Castro, Erzbischof von Toskana“. Neben diesem finden wir noch einen zweiten „König von Jerusalem“ i. p. n., nämlich den Kaiser von Oesterreich, der auch noch „Großherzog von Toskana“, „Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien, Modena, Parma, Biacenza und Guastalla“, „Markgraf der Ober- und Nieder-Laufitz“ und sogar „Großwojwood der Wojwodschafft Serbien“ ist. In italienischen Herzögen, welche nicht verdrängen, ist überhaupt kein Mangel. Auch Robert von Bourbon nennt sich noch immer „Herzog von Parma, Biacenza u.“, überdies auch „Infant von Spanien“. Etwas seltsam sind die Titulaturen der skandinavischen Fürsten. Trotz 1864 nennt sich Christian IX. von Dänemark „Herzog von Schleswig, Holstein, Dithmarschen, Lauenburg und Oldenburg“. Er ist auch der „Wenden und Gothen“ Herrscher, obwohl der „Gothen und Wenden“ König auch Oscar II. von Schweden zu sein behauptet. Während der König von Schweden zugleich König von Norwegen ist, nennt sich doch der Herzog von Oldenburg „Erbe zu Norwegen“, ein Titel, den auch der Herzog Ernst Günther zu Holstein führt, während beide Fürsten zugleich, ungeachtet der staatsrechtlichen Veränderungen der Reue, den schleswig-holsteinischen Herzogtitel weiter führen, beiläufig der Großherzog von Oldenburg sich auch „Fürst von Lübeck“ nennt. Die beiden mecklenburgischen Großherzöge behaupten, auch „Fürsten zu Wenden“ zu sein und nennen sich beide gleichmäßig auch Grafen von Schwerin, der Lande Rostock und Stargard Herren. Seltsam ist, daß die Königin Victoria noch heute den Titel führt: „Vertheidigerin des Glaubens“.

Doch ist mit der Aufzählung dieser Eigenheiten die Summe der Titulaturen, welche den bestehenden Verhältnissen widersprechen, nicht erschöpft. Vielleicht wäre es nicht unangemessen,

wenn gelegentlich eine Uebereinstimmung zwischen den Titeln und den Thatfachen herbeigeführt und leere Namen einfach der Vergessenheit anheimgegeben würden. So hat schon seit längerer Zeit das englische Königshaus den früheren Titel „König von Frankreich“ aufgegeben, und weiter als seine entthronten Collegen hat der Herzog von Aosta mit der spanischen Königskrone zugleich den Titel eines Königs von Spanien und das Prädical Majestät aufgegeben. Dieses Beispiel verdient sicherlich allgemeine Nachachtung.

Der Prozeß Wilson.

Die französische Regierung macht ihr in der Kammer abgegebenes Versprechen wahr und ist entschlossen, ohne Unterschied der Person die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Nachst Wilson wird dies insbesondere die Polizeipräfectur an sich erfahren.

Vor dem Untersuchungsausschuß erschien, wie der „Wagb. Ztg.“ in Ergänzung der sonstigen Meldungen telegraphirt wird, vorgestern spät Abends Justizminister Mazeau und theilte mit, die Polizeipräfectur habe die Vimoulin'schen Briefschaften vom 7. bis 11. Oktober bei sich gehabt und dann versucht, sie dem Untersuchungsrichter unversiegelt und ohne begleitendes Verzeichniß anzuhändigen. Der Richter nahm sie so nicht an. Noch zweimal wurde dieser Versuch beim Staatsanwalt und Registratur wiederholt, doch ebenfalls erfolglos. Dann erst erfolgte die Uebergabe regelrecht. Die Siegel wurden vom Richter in Gegenwart der Vimoulin gelöst, die das Fehlen der bekannten zwei Wilson'schen Briefe sofort bemerkte. Auf eine Anfrage des Untersuchungsausschuß schickte die Polizeipräfectur die fehlenden Briefe mit der Entschuldigung ein, sie seien auf dem Schreibtische des Präfecten verfallen worden. Nach diesen Enthüllungen beweist niemand, daß außer Wilson, dessen Auslieferung vor der Kammer verlangt wird, auch Präfect Gragnon und Commissar Goron gerichtlich verfolgt werden. — Zwischen dem Untersuchungsausschuß und dem Gerichte kommen keine Competenzstreitigkeiten vor. Der Ausschuß glaubt dem Untersuchungsrichter Anordnungen ertheilen zu dürfen und muß von ihm immer belehrt werden, welche Wege er einzuschlagen hat, um Auskünfte zu erlangen, Untersuchungen vornehmen zu lassen u. s. w.

Von conservativer Seite wird verbreitet, der Papst habe sich über eine etwaige Präbendenschaft Ferrys günstig ausgesprochen. Dieser Stimmungsvorstellung des Papstes in Frankreich innere Angelegenheiten würde Ferrys unmöglich machen.

Uebrigens ist, wie man dem „Berl. Tagebl.“ meldet, das Interesse für die Aufrechterhaltung Grebys auch bei den Republikanern sehr im Abnehmen. Alles verlangt, daß ein Ende gemacht werde, da die Republik ernstlich bedroht sei. Die Rechte organisirt sich, doch ist es nicht richtig, daß sie sich über oder gegen irgend einen Namen schließt gemacht hat.

Die Fenier in Irland.

Die Fenier üben in Irland noch immer einen nicht unbedeutenden Einfluß aus. Wie der Correspondent der „Times“ in Cork sagt, sind die energichsten Mitglieder fast aller Zweigvereine der Nationalliga Fenier, und die katholische Geistlichkeit weiß dieses sehr wohl. In Cork bestand die Liga bis vor einem Jahre fast nur dem Namen nach. Dann aber traten 500 Personen auf einmal dem Vereine bei, welche beinahe alle von fenischen Führern rekrutirt worden waren, damit die Fenier die Oberhand bekämen. Um dieselbe Zeit machte sich das Fenienthum auch in der galicischen Gesellschaft, einer ursprünglich unpolitischen Organisation, geltend. Sollten die Fenier der Nationalliga ihre Unterstützung entziehen, so wird sich herausstellen, daß der Rest aus Leuten besteht, welche aus Muthwilligkeitsrücksichten, nicht aus politischer Ueberzeugung der Liga beigetreten sind. Die Führer der Nationalliga wissen dieses sehr wohl und es wird sicherlich ein Ausweg gefunden werden, um die Macht des Parnell'schen Nationalvereins einstweilen nicht zu schwächen.

Grundzüge

zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

I. Umfang und Gegenstand der Versicherung.

1. Gegen die Erwerbsunfähigkeit, welche in Folge von Alter, Krankheit oder von nicht durch reichsrechtliche Unfallversicherung gedeckten Unfällen eintritt, werden nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen versichert:

- a) Personen, welche als Arbeiter, Schiffsleute, Gesellen, Lehrlinge oder Diensthofen gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden;
- b) Betriebsbeamte sowie Handlungsgehilfen und Lehrlinge einschließlich der Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, deren durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mk. nicht übersteigt, sowie
- c) die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen der Schiffsbesatzung deutscher Seefahrtskreise.

Durch Beschluß des Bundesrats kann die Bestimmung des Absatzes 1 auch auf selbstständige Gewerbetreibende der Hausindustrie erstreckt werden. Durch Beschluß des Bundesrats kann ferner bestimmt werden, daß und inwieweit diejenigen Gewerbetreibenden, in deren Auftrag und für deren Rechnung von Hausgewerbetreibenden gearbeitet wird, als beitragspflichtige Arbeitgeber der letzteren und ihrer Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge gelten sollen.

2. Auf Beamte des Reichs und der Bundesstaaten, sowie auf die mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten von Communalverbänden finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Dasselbe gilt von solchen Personen, welche von Reich, einem Bundesstaate oder einem Communalverbande Pensionen oder Wartegelder im Betrage von jährlich 120 Mk. oder mehr beziehen, oder welchen auf Grund der reichsrechtlichen Unfallversicherung der Bezug einer jährlichen Rente von mindestens demselben Betrage aussteht.

Jedoch bleiben denjenigen Beamten (Absatz 1), welche vor ihrer Anstellung nach den Vorschriften der Biffer 1

der Versicherungspflicht unterworfen waren, die aus diesem Verhältnis sich ergebenden Ansprüche auf Alters- und Invalidenversorgung so lange vorbehalten, bis sie entweder einen gesicherten Anspruch auf Pension erlangt haben, oder bis ihnen eine Pension im Mindestbetrage der Invalidenrente von der zuständigen Dienstbehörde bewilligt ist.

3. Andere als die unter Ziffer 2 erwähnten Personen, welche in Betrieben des Reichs, eines Bundesstaates oder eines Kommunalverbandes beschäftigt werden, sind von der Versicherungspflicht befreit, sofern denselben durch besondere für diese Betriebe errichtete Einrichtungen für den Fall des Alters oder der Erwerbsunfähigkeit eine den nachstehenden Vorschriften mindestens gleichkommende Fürsorge gesichert ist und bei diesen Einrichtungen folgende Voraussetzungen zutreffen:

a) Die Beiträge der Versicherten dürfen, soweit sie für die Alters- und Invalidenversicherung entrichtet werden, den dritten Teil des für dieselbe rechnungsmäßig erforderlichen Gesamtbeitrags, sowie die Hälfte der Verwaltungskosten und der Rücklagen zum Reservefonds nicht übersteigen.

b) Diejenige Zeit, während welcher die bei solchen Einrichtungen beteiligten Personen vor dem Eintritt ihrer Beteiligung eine nach Ziffer 1 die Versicherungs-pflicht begründende anderweitige Beschäftigung ausgeübt haben, ist denselben bei Berechnung der Rente in Anrechnung zu bringen, sofern die Höhe der Rente von der Zeitdauer der Beschäftigung abhängig ist.

c) Lieber den Anspruch der einzelnen Beteiligten auf Gewährung von Alters- und Invalidenversorgung muß ein schiedsgerichtliches Verfahren unter Mitwirkung von Vertretern der Versicherten zugelassen sein.

Durch Beschluß des Bundesrats ist festzulegen, welche Einrichtungen (Pensions-, Alters-, Invalidenrenten) den vorstehenden Anforderungen entsprechen. Den vom Bundesrat anerkannten Einrichtungen dieser Art wird ein Drittel der von ihnen zu gewährenden Alters- und Invalidenrenten, soweit sie den Betrag der reichsgehörigen zu zahlenden Renten nicht übersteigen, aus Reichsmitteln vergütet (Ziffer 10).

Denjenigen Personen, welche aus der die Beteiligung bei solchen Einrichtungen begründenden Versicherungs-pflicht nach Ziffer 1 bedingende Beschäftigung abtreten, ist bei Berechnung der reichsgehörigen Alters- und Invalidenrente die Dauer ihrer Beteiligung bei solchen Einrichtungen unter Befreiung der letzteren mit der anteiligen Rente in Anrechnung zu bringen.

4. Durch Beschluß des Bundesrats kann bestimmt werden, daß und inwieweit die Bestimmungen der Ziffer 2 Absatz 1 auf Beamte, welche von anderen öffentlichen Verbänden mit Pensionsberechtigung angestellt sind, sowie die Bestimmungen der Ziffer 3 auf Mitglieder anderer Kassenvereinigungen, welche die Alters- und Invalidenversorgung zum Gegenstand haben, Anwendung finden sollen.

5. Die Alters- sowie die Invalidenversorgung besteht in der Gewährung jährlicher Renten.

Altersversorgung erhält ohne Rücksicht auf seine Erwerbsfähigkeit derjenige, welcher das 70. Lebensjahr vollendet hat.

Invalidenversorgung erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter derjenige, welcher nachweislich dauernd völlig erwerbsunfähig ist.

Völlig erwerbsunfähig ist derjenige, welcher infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes weder im Stande ist, die gewöhnlichen Arbeiten, welche seine bisherige Berufstätigkeit mit sich bringt, regelmäßig zu verrichten, noch durch andere, seinen Kräften, Fähigkeiten und der vorhandenen Arbeitsgelegenheit entsprechende Arbeiten den Mindestbetrag der Invalidenrente zu erwerben.

6. Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Teile desselben kann, sofern daselbst nach Vorkommen der Lohn ganz oder zum Teile in Form von Naturalleistungen gewährt wird, bestimmt werden, daß die Rente der in diesem Bezirk wohnenden Rentenempfänger bis zu drei Vierteln ihres Betrages ebenfalls in Form von Naturalleistungen gewährt werde. Der Wert der letzteren ist nach Durchschnittspreisen in Anschlag zu bringen. Die statutarische Bestimmung bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Sodern eine solche Bestimmung getroffen wird, geht der Anspruch auf die Rente zu demjenigen Betrage, in welchem Naturalleistungen zu gewähren sind, auf den Kommunalverband über, wogegen diesem die Leistung der Naturalien obliegt. Streitigkeiten, welche hieraus entstehen, werden von der Kommunalaufsichtsbehörde entschieden; gegen den Bescheid derselben findet binnen zwei Wochen nach der Zustellung das Verwaltungsrekursverfahren, oder wo ein solches nicht besteht, der Rechtsweg mittelst Erhebung der Klage statt.

Von dem Uebergang des Anspruchs auf die Rente ist die mit der Auszahlung beauftragte Postanstalt durch Vermittelung der unteren Verwaltungsbehörde rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

7. Versicherten, welche erwerbsfähig sind, die Arbeitsunfähigkeit vorübergehend oder durch schubhafte Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln oder durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, steht ein Anspruch auf Invalidenrente nicht zu. Es kann ihnen jedoch, sofern sie mindestens zehn Beitragsjahre hindurch Beiträge entrichtet haben, aus Willkürgründen ein Teil der Rente vorübergehend oder dauernd bewilligt werden. Um übrigen ist zur Erlangung eines Anspruchs auf Alters- und Invalidenversorgung, abgesehen von dem nach Ziffer 6 beizubringenden Nachweise des geschlechtlichen vorgeordneten Alters oder der Erwerbsunfähigkeit, erforderlich:

a) die Zurücklegung der vorgeschriebenen Wartezeit (Ziffer 8 und 9),

b) die Leistung von Beiträgen (Ziffer 10 bis 12).

8. Die Wartezeit (Ziffer 7) beträgt:

1) bei der Altersrente 30 Beitragsjahre (Ziffer 9);

2) bei der Invalidenrente 5 Beitragsjahre.

Der Beginn einer Wartezeit bedarf es nicht,

wenn die Erwerbsunfähigkeit erweislich Folge einer Krankheit ist, welche der Versicherte bei der Arbeit oder aus Veranlassung derselben sich zugezogen hat.

Solchen Personen, welche vor Ablauf der Wartezeit aus einer anderen als der vorstehend angegebenen Ursache erwerbsunfähig werden, kann auf ihren Antrag aus Willkürgründen eine Rente bis zur Hälfte des Mindestbetrages der Invalidenrente gewährt werden, sofern sie die gesetzlichen Beiträge während mindestens eines Beitragsjahres geleistet haben. Eine solche Bewilligung ist jedoch unstatthaft, insofern der Erwerbsunfähigkeit erst zu einer Zeit, in welcher seine Erwerbsunfähigkeit bereits beschränkt war, in eine die Versicherungs-pflicht begründende Beschäftigung eingetreten ist und Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß dies in der Absicht geschehen sei, um den Anspruch auf Rente zu erwerben.

9. Als Beitragsjahr (Ziffer 8) gilt ein Zeitraum von 360 Arbeitstagen. Die innerhalb eines Kalenderjahres mehr geleisteten Arbeitstage werden bei Berechnung der Wartezeit auf das nächstfolgende Beitragsjahr in Anrechnung gebracht.

Solchen Personen, welche, nachdem sie in eine die Versicherungs-pflicht begründende regelmäßige Beschäftigung eingetreten waren, wegen beschleunigter Krankheit verhindert gewesen sind, diese Beschäftigung auszuüben, oder welche behufs Erfüllung der Militärpflicht in Friedens-, Mobilmachungs- oder Kriegszeit zum Meere oder zur Flotte eingezogen gewesen sind, oder in Mobilmachungs- oder Kriegszeit freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet haben, werden diese Zeiten, soweit es sich um die Erfüllung der Wartezeit handelt, als Arbeitszeiten in Anrechnung gebracht.

10. Die Mittel zur Gewährung der Alters- und Invalidenrenten werden vom Reich, den Arbeitgebern und den Versicherten zu je einem Drittel aufgebracht. Die Aufbringung erfolgt seitens des Reichs durch Uebernahme von einem Drittel derjenigen Gesamtbeträge, welche an Renten in jedem Jahre tatsächlich zu zahlen sind, seitens der Arbeitgeber und der Versicherten durch Entrichtung laufender Beiträge.

11. Die Beiträge sind für jeden Arbeitstag einer versicherungspflichtigen Person bei jeder regelmäßigen Lohnzahlung vom Arbeitgeber zu entrichten. Bruchteile sind für die Lohnzahlungsperiode auf volle Pfennige nach oben abzurunden. Die Arbeitgeber haben jeder von ihnen beschäftigten versicherungspflichtigen Person

die Hälfte des für dieselbe einge-achteten Betrages bei jeder regelmäßigen Lohnzahlung in Abzug zu bringen, soweit jener Betrag auf diese Lohnzahlungsperiode anteilhaftig entfällt.

Für Bruchteile von Arbeitstagen sind die vollen Beiträge, jedoch für jeden vollen Tag nur einmal, zu entrichten. Im Zweifel ist zur Entrichtung der Beiträge derjenige Arbeitgeber verpflichtet, welcher den Versicherungs-pflichtigen während der ersten Stunden des Arbeitstages beschäftigt hat. Bei Personen, deren Gehalt oder Lohn nach Wochen oder längeren Perioden fixiert ist, werden für jede Woche sechs Arbeitstage in Anrechnung gebracht.

Die Höhe der für den Arbeitstag zu entrichtenden Beiträge ist für jede Versicherungsanstalt (Ziffer 21) derart im Voraus festzustellen, daß durch die Beiträge die Verwaltungskosten, die erforderlichen Rücklagen zum Reservefonds und zwei Drittel des Kapitalwertes der Versicherungsanstalt durch Renten voraussichtlich entstehenden Belastung gedeckt werden. Die Feststellung des Beitrags erfolgt einheitlich für alle im Bezirk der Versicherungsanstalt beschäftigten versicherungspflichtigen männlichen beziehungsweise weiblichen Personen derart, daß die Beiträge der letzteren auf zwei Drittel der Beiträge der ersteren zu bemessen sind.

12. Ein Anspruch auf die volle Rente besteht nur, sofern seit dem Eintritt in eine die Versicherungs-pflicht begründende Beschäftigung bis zum Eintritt der Invalidität in jedem Kalenderjahre Beiträge für mindestens 300 Arbeitstage (für ein Beitragsjahr) geleistet sind. Zeiten beschleunigter, mit Erwerbsunfähigkeit verbundener Krankheit gelten, wenn sie nach dem Beginn einer regelmäßigen, die Versicherungs-pflicht begründenden Beschäftigung eingetreten sind, als Arbeitstage. Während derselben sind Beiträge nicht zu entrichten.

Denjenigen Personen, für welche im Laufe eines Kalenderjahres aus anderen Gründen Beiträge für weniger als 300 Arbeitstage oder gar keine Beiträge geleistet sind, ist die Rente bei ihrer demnachstigen Feststellung nur nach dem Werte der tatsächlich geleisteten Beiträge zu gewähren und zu diesem Zweck nach den von dem Reichs-Versicherungsamt hierfür aufzustellenden Tarifen, um den Versicherungswert des Ausfalls an Beiträgen zu ermäßigen. Hierbei werden die Beiträge derjenigen Versicherungsanstalt, an welche die letzten Beiträge vor dem Ausfall entrichtet sind, zu Grunde gelegt. Diese Kürzung tritt nicht ein, soweit der Ausfall anderweitig gedeckt wird. Letzteres geschieht:

a) durch Verrechnung der in den dem Ausfall vorgehenden Jahren für mehr als je 300 Arbeitstage geleisteten Beiträge;

b) durch Verrechnung derartiger, in späteren Jahren geleisteter Beiträge, soweit durch diese auch die Zinsen und Zinseszinsen des Ausfalls von dem Ablauf desjenigen Kalenderjahres ab, in welchem der Ausfall eingetreten war, gedeckt werden; den Zinsfuß bestimmt der Bundesrat;

c) durch freiwillige Nachzahlung der ausgefallenen Beiträge in dem unter h) bezeichneten Umfang einheitlich des auf den Arbeitgeber entfallenden Anteils derselben.

Ausfälle an Beiträgen, welche nach Beginn einer regelmäßigen, die Versicherungs-pflicht begründenden Beschäftigung durch Erfüllung der Militärpflicht in Friedens-, Mobilmachungs- oder Kriegszeit oder durch freiwillige militärische Dienstleistungen in Mobilmachungs- oder Kriegszeit verursacht worden sind, haben eine Kürzung der Rente nicht zur Folge. Denjenigen Betrag der Rente, um welchen die letztere wegen solcher Ausfälle rechnungsmäßig würde gekürzt werden müssen, übernimmt das Reich.

13. Die Renten werden für Kalenderjahre berechnet. Die Invalidenrente beträgt bei Männern 120 M. jährlich und steigt nach Ablauf der ersten 15 Beitragsjahre für jedes vollendete weitere Beitragsjahr um je 4 M. jährlich bis zum Höchstbetrage von jährlich 250 M.

Die Altersrente beträgt jährlich 120 M. Die Altersrente kommt in Fortfall, sobald dem Empfänger Invalidenrente gewährt wird.

Weibliche Personen erhalten 2/3 des Betrages dieser Renten.

So lange der Berechtigte nicht im Inlande wohnt, ist die Zahlung der Renten einzustellen.

Ist der Berechtigte ein Ausländer, so kann ihn die Versicherungsanstalt für seinen Aufenthalt mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abfinden.

Die Altersrente beginnt mit dem ersten Tage des 71. Lebensjahres, die Invalidenrente mit dem Tage, an welchem der Verlust der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist. Dieser Zeitpunkt ist in der Entscheidung über die Invalidisierung festzulegen; sofern eine solche Festsetzung nicht getroffen ist, gilt als Anfangstermin der Invalidenrente der Tag, an welchem der Anspruch auf Anerkennung der Erwerbsunfähigkeit bei der unteren Verwaltungsbehörde gestellt worden ist.

14. Tritt in den Verhältnissen eines Empfängers von Invalidenrenten eine Veränderung ein, welche ihn nicht mehr als dauernd völlig erwerbsunfähig (Ziffer 6) erscheinen läßt, so kann demselben in dem für die Feststellung der Rente vorgeschriebenen Verfahren die Rente entzogen werden.

15. Entschädigungsansprüche, welche den zum Empfang von Invalidenrenten berechtigten Personen gegen Dritte, welche die Invalidität vorübergehend oder durch Verschulden herbeigeführt haben, zuziehen, sowie die Schadenersatzansprüche derselben gegen Eisenbahnverwaltungen auf Grund des § 1 des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 (Reichs-Gesetzl. S. 207), gehen in Höhe der geleisteten Renten auf die Versicherungsanstalten über.

Somit von Gemeinden oder Armenverbänden an hilfsbedürftige Personen Unterstützungen für einen Zeitraum geleistet sind, für welchen diesen Personen ein Anspruch auf Alters- und Invalidenrente zusteht, geht dieser Anspruch im Betrage der geleisteten Unterstützung auf die betreffende Gemeinde oder den Armenverband über. Das Gleiche gilt für Betriebsunternehmer und Kassen, welche die den Gemeinden oder Armenverbänden obliegende Verpflichtung zur Unterstützung hilfsbedürftiger auf Grund gesetzlicher Vorschrift erfüllt haben.

Im übrigen bleiben gesetzliche, statutarische oder auf Vertrag beruhende Verpflichtungen zur Fürsorge für alte, kranke, erwerbsunfähige oder hilfsbedürftige Personen dergehalt unberührt, daß die Alters- und Invalidenrenten neben den aus jenen Verpflichtungen sich ergebenden Zahlungen zu gewähren sind. Jedoch finden bei Unfällen auf die gesetzlichen Entschädigungsansprüche derjenigen zum Vorzug von Invalidenrenten berechtigten Personen, welche der Unfallversicherung noch nicht unterliegen, die Bestimmungen der §§ 93 bis 98 des Unfallversicherungsgesetzes entsprechende Anwendung.

16. Die Rente kann mit rechtlicher Wirkung weder verpfändet, noch übertragen, noch für andere als die im § 749 Absatz 4 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Forderungen der Ehefrau und ehelichen Kinder und die des erlassberechtigten Armenverbandes gepfändet werden.

17. Die Renten sind in monatlichen Raten im Voraus zu zahlen. Dieselben werden auf volle 5 Pfennige für den Monat nach oben abgerundet.

18. Die Auszahlung der Renten erfolgt auf Anweisung der Anstaltsverwalter (Ziffer 21, 22) vor-schussweise durch die Postanstalten.

II. Organisation.

19. Die Alters- und Invaliden-Versicherung erfolgt durch die zur Durchführung der Unfallversicherung errichteten Berufs-, Genossenschafts beziehungsweise durch das Reich, die Bundesstaaten, Kommunalverbände oder andere öffentlichen Verbände, welche auf Grund der Unfallversicherungsgesetze an die Stelle von Berufsgenossenschaften getreten sind. Jedem dieser Träger der Alters- und Invalidenversicherung liegt die letztere bezüglich derjenigen Personen ob, für welche er Träger der Unfallversicherung ist, dem Reich und den Bundesstaaten auch bezüglich derjenigen unter Ziffer 1 fallenden Personen, welche in Verwaltungen des Reichs beziehungsweise der

*) Der Höchstbetrag der Rente wird somit nach Ablauf von 48 Beitragsjahren erreicht, also bei Personen, welche mit dem Beginn des 19. Lebensjahres in eine die Versicherungs-pflicht begründende Beschäftigung eingetreten sind, nach Ablauf von 18 + 48 = 66 Lebens-jahren.

Bundesstaaten beschäftigt werden, ohne der Unfallversicherung zu unterliegen.

Somit es sich dagegen um andere unter Ziffer 1 fallende, der Unfallversicherung nicht unterliegende Personen handelt, treten für die Alters- und Invalidenversicherung an die Stelle der Berufsgenossenschaft weitere Kommunalverbände nach näherer Bestimmung der Landesgesetze, in solchen Bundesstaaten aber, in welchen weitere Kommunalverbände nicht bestehen oder in welchen durch die Landesgesetzgebung bestimmt wird, daß der Staat hinsichtlich der Alters- und Invalidenversicherung an die Stelle der weiteren Kommunalverbände treten soll, der Bundesstaat. Durch die Landesgesetzgebung kann angeordnet werden, daß mehrere weitere Kommunalverbände zur gemeinsamen Uebernahme der Alters- und Invalidenversicherung, soweit ihnen dieselbe nach den vorstehenden Bestimmungen obliegt, vereinigt werden.

20. Mehrere Berufsgenossenschaften, Kommunal- oder andere öffentliche Verbände können durch übereinstimmende Beschlüsse der Genossenschaftsversammlungen beziehungsweise der zuständigen Vertretungen vereinbaren, die ihnen obliegende Alters- und Invalidenversicherung ganz oder zum Teil gemeinsam zu tragen. Ebenso sind die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten berechtigt, mit einander oder mit Berufsgenossenschaften, Kommunal- oder anderen öffentlichen Verbänden gleichartige Vereinbarungen rücksichtlich der ihnen obliegenden Alters- und Invalidenversicherung zu treffen. Derartige Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts, sofern aber die Vereinbarung zwischen Bundesstaaten geschlossen werden soll, der Zustimmung des Bundesrats.

Nach Anhörung der Genossenschaftsversammlungen beziehungsweise Vertretungen der beteiligten Berufsgenossenschaften beziehungsweise Kommunal- oder anderen öffentlichen Verbände können Vereinbarungen derselben zur gemeinschaftlichen Uebernahme der Alters- und Invalidenversicherung auch durch Beschluß des Bundesrats angeordnet werden. Auch kann der Bundesrat auf Antrag der Regierung eines Bundesstaates dessen Vereinigung mit anderen Bundesstaaten nach Anhörung der Regierungen der letzteren zu dem angegebenen Zweck beschließen.

Derartige Vereinbarungen beziehungsweise Anordnungen müssen die zur Durchführung derselben erforderlichen Bestimmungen insbesondere über die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten und über die Verteilung der gemeinsam zu tragenden Last unter die beteiligten Verbände, Genossenschaften oder Staaten enthalten.

21. In jeder Berufsgenossenschaft ist für die Zwecke der Alters- und Invalidenversicherung eine Invalidenversicherungsanstalt zu errichten. Dasselbe gilt für die Bezirke der sonstigen Verbände rücksichtlich der Alters- und Invalidenversicherung der der Unfallversicherung noch nicht unterliegenden Personen (Ziffer 19 Absatz 2).

Die Versicherungsanstalten dürfen andere als die vorstehend bezeichneten Versicherungen nicht übernehmen. Das Vermögen sowie die Einnahmen und Ausgaben dieser Anstalten sind gesondert zu verwalten.

Für das Reich, die Bundesstaaten, Kommunalverbände und andere öffentliche Corporationen, welche auf Grund der Unfallversicherungsgesetze an die Stelle der Berufsgenossenschaften getreten sind, werden zur Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung besondere Versicherungsanstalten nicht errichtet. Die Alters- und Invalidenversicherung erfolgt vielmehr durch Ausschüsse der Behörden in ähnlicher Weise, wie in §§ 2 bis 9 des Gesetzes vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzl. S. 159) für die Unfallversicherung vorgeschrieben worden ist. Die Angelegenheiten der Alters- und Invalidenversicherung können denselben Ausführungsbehörden übertragen werden, welche für die Angelegenheiten der Unfallversicherung bestimmt worden sind.

22. Die Verwaltung und die Geschäftsführung der für die Berufsgenossenschaften errichteten Versicherungsanstalten wird durch Nebenanstalten geregelt. Die letzteren sowie deren etwaige Veränderungen bedürfen der Genehmigung des Reichs- (beziehungsweise Landes-) Versicherungsamts. Im Falle der Verlegung dieser Genehmigung findet die Beschwerde an den Bundesrat statt.

Die Organe der Berufsgenossenschaft fungieren auch für die Versicherungsanstalt; dies gilt auch von der Einteilung in Sectionen, vom Spießgericht und von der Vertretung der Arbeiter.

Für die Verwaltung der Anstalt können jedoch besondere Organe errichtet werden.

Die Verwaltung der für die weiteren Kommunalverbände errichteten (subsidären) Versicherungsanstalten wird durch die Landesgesetzgebung geregelt. Für diese Versicherungsanstalten sind Spießgerichte zu errichten und Vertreter der Arbeiter zu berufen.

Für das Reich, die Bundesstaaten, Kommunalverbände und andere öffentliche Corporationen, welche auf Grund der Unfallversicherungsgesetze an die Stelle der Berufsgenossenschaften getreten sind, wird die Verwaltung der Alters- und Invalidenversicherung durch Ausschüsse der Behörden der Centralbehörden geregelt. Die Errichtung von Spießgerichten und die Berufung von Vertretern der Arbeiter erfolgt in Anlehnung an die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzl. S. 159).

23. Die für die Berufsgenossenschaft (beziehungsweise den Bezirk der Ausführungsbehörde) bestellten Vertreter der Arbeiter sind außer am Spießgericht (Ziffer 22) auch an der Verwaltung der Versicherungsanstalt beteiligt, und zwar in folgender Weise:

a) durch Teilnahme an den Verhandlungen und Beschlüssen der Genossenschafts- beziehungsweise Sections-versammlung, soweit es sich um Angelegenheiten der Versicherungsanstalten handelt. Die Vertreter haben volles Stimmrecht; ihre Abstimmung ist besonders zu protokollieren. Widesprechen den Beschlüssen drei Viertel der erschienenen Arbeitervertreter, so steht denselben die Beschwerde an das Reichs- (Landes-) Versicherungsamt zu;

b) durch Wahl von mindestens je einem Versicherten, welcher den Genossenschafts- oder Sectionsvorständen, der Ausführungsbehörde, beziehungsweise denjenigen besonderen Organen, welche die Verwaltung der Versicherungsanstalt führen, soweit es sich um Angelegenheiten der letzteren handelt, zugeordnet wird.

Durch das Nebenstatut (die Ausführungsbestimmungen) kann bestimmt werden, daß statt eines mehrere Versicherte den Vorständen zuzusetzen, und daß bei Abstimmung die anwesenden Vertreter der Arbeiter mehr als eine Stimme führen sollen oder ein entsprechender Teil der anwesenden Vertreter der Arbeitgeber sich der Stimme enthalten soll. Die Vermehrung der Vertreter der Arbeiter kann auch durch den Bundesrat angeordnet werden.

24. Außerdem werden für den Bezirk je einer oder mehrerer Gemeinden oder weiterer Kommunalverbände (wobei die Landes-Centralbehörde Bestimmung trifft) aus der Zahl der in ihrem Bezirk dauernd wohnenden Versicherten Vertrauensmänner der Arbeiter bestellt, welche berufen sind, für sämtliche in ihren Bezirken beschäftigte oder wohnhafte versicherte Personen:

a) über Anträge auf Invalidisierung ein Gutachten abzugeben;

b) neben den etwaigen Vertrauensmännern oder Beauftragten der Berufsgenossenschaften c) die Rentenempfänger zu überwachen (vgl. Ziffer 14);

c) die Versicherungsanstalt in der Kontrolle der Quittungsbücher zu unterstützen.

Durch die Landes-Centralbehörde im Einvernehmen mit dem Reichs- (Landes-) Versicherungsamt können diesen Vertrauensmännern der Arbeiter weitere Funktionen übertragen werden.

Die Abgrenzung der Bezirke und der Ersatz einer Geschäftsordnung für diese Vertrauensmänner der Arbeiter bleibt der Landes-Centralbehörde oder der von dieser zu bestimmenden anderen Behörde überlassen. Den Vertrauensmännern ist von den Versicherungsanstalten eine mäßige Vergütung für den durch Wahrnehmung ihrer Geschäfte ihnen erwachenden Zeitaufwand zu gewähren. Die Höhe dieser Vergütung und die Verteilung derselben auf die Versicherungsanstalten wird von dem Reichs-Versicherungsamt im Einvernehmen mit dem Landes-Centralbehörden nach für alle gleichen Grundsätzen bestimmt. Die Auszahlung erfolgt vor-schussweise durch die Postverwaltungen.

25. Die Bestellung dieser Vertrauensmänner erfolgt

für diejenigen Gemeinden beziehungsweise weiteren Kommunalverbände, in deren Bezirken Orts-, Orts-, Orts-, Orts- und Orts- (Kassen-) Innungs- oder Bau-Kassen und Raup-Kassen ihren Sitz haben, durch Wahl der Arbeiterbeiräte aus den Mitgliedern der Ortsräte dieser Kassen; für die übrigen Bezirke, in welchen solche Kassen nicht domiziliert sind, durch die Verwaltungen der Gemeinde-Kassenversicherung. Die näheren Bestimmungen erläßt die Landes-Centralbehörde.

26. Das Reich ist befugt, durch besondere Kommissionen von der Verwaltung der Versicherungsanstalten Kenntnis zu nehmen und an den Beratungen und Beschlüssen ihrer Organe sich zu beteiligen. Diese Kommissionen müssen auf Verlangen jederzeit gehört werden. Sie sind berechtigt, Beschlüsse, sofern dieselben die Interessen des Reichs beeinträchtigen, mit aufhebender Wirkung zu beanstanden. Beanstandete Beschlüsse sind von den Vorständen des betreffenden Organs dem Reichs-Versicherungsamt zur Prüfung ihrer rechtlichen Zulässigkeit und ihrer Angemessenheit vorzulegen. Schließt sich das Reichs-Versicherungsamt der Beanstandung an, so gilt der beanstandete Beschluß als nicht gefaßt.

Deutschland

27. Berlin, 16. November. Der Ausschuss des deutschen Handelsrates hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, eine außerordentliche Plenarversammlung der Mitglieder dieses Verbandes auf Dienstag, den 29. November d. J., nach Berlin einzuberufen. Auf die Tagesordnung dieser Versammlung wurden folgende Gegenstände gesetzt: 1) die in den Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsrates vorgeschlagene Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle; 2) der Identitätsnachweis bei der Wiederausfuhr von Getreide.

* Berlin, 16. November. [Ein „positiver Vorschlag.“] Die „Politischen Nachrichten“, das Organ des Herrn Finanzministers, sind unermüdetlich in der Bekämpfung des Terminhandels z. an der Börse. Heute erklären sie, in der Lage zu sein, einen positiven Vorschlag zur Remedur zu machen, indem sie schreiben:

Es kommt nicht selten vor, daß Roggen für lieferbar erklärt wird, welcher 63 Kilogr wiegt, während die königlichen preussischen Provinzialämter nur Roggen mit 74-72 Kilogr. acceptieren.

Wäre doch die Vorzensur dahin präcisiert worden, daß Roggen an der Berliner Börse nur in der Qualität gehandelt resp. geliefert werden darf, welche von den Provinzialämtern angenommen wird.

In dem Augenblick, in welchem eine solche Besimmung an der Börse erlassen ist, wird das Maaß, welches mit dem unbrauchbaren Roggen gerieben wird, auch befristet sein. Nach dem Urtheil sehr sachverständiger Personen würde eine solche Besimmung das Termin-geschäft von seinen schlimmsten Auswüchsen sofort befreien.

Nun wird folgerichtig wahrscheinlich der Vorschlag kommen, daß zum Abschluß jeden Getreide-geschäfts das Ja und Amen eines Provinzialamts-geranten gehört z. in infinitum!

* [Der Bundesrat] hat in seiner am 15. d. abgehaltenen Plenarversammlung den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Schutz von Vögeln und den Gesetz-entwurf über die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichts-Verhandlungen, erließen den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen, letzteren dem Ausschuss für Justizwesen zur Vorberatung überwiesen.

* [Der Kaiser von Brasilien] bleibt bis zum 1. Dezember in Cannes. Von da reist er mit seinem Gefolge zunächst nach Neapel; alsdann wird nach einem Aufenthalt Lissabon und Algier besucht werden. Die Reise nach Palästina und Jerusalem ist vorläufig aufgegeben. Im Monat März wird der Kaiser in Rom dem Papstjubiläum beizuwohnen, wie dem „Frl. Journ.“ berichtet wird. Der Gedanke an eine Rundreise durch die Hauptstädte Deutschlands, mit längerem Auf- und Ab- und Dresden, ist noch vorhanden.

* [Zum französischen Generalconsul in Frankfurt a. M.] ist der bisherige Generalconsul in Bada-Pest, Belle, ernannt worden.

* [Der Reichstagsabgeordnete für Magdeburg], Stadtrath Dubigneau, hat sich in einer Versammlung des nationalliberalen Wahlvereins am 14. d. gegen die Erhebung der Kornzölle ausgesprochen, weil „es nicht gut sei, wenn eine bestimmte Klasse von Staatsbürgern auf Kosten der anderen Bewohner sich eine bessere Existenz zu bereiten bemüht sei und darauf warte, daß ihnen solche geschaffen werde.“ Ueber die Frage der Verlängerung der Legislaturperiode enthielt der Abgeordnete sich jeder Aeußerung.

* [Die Eisenbahntruppen.] Die „Kreuz-Ztg.“ glaubt versichern zu können, daß man vorläufig mit der letzten Vermehrung dieser wichtigen Truppe dem Bedürfnis genügt zu haben glaubt und für jetzt eine Verstärkung jener Truppe nicht ins Auge gefaßt zu sein scheint.

* [„Wirk.“ russischer Offiziere.] Aus Kowno geht der „Kreuz-Ztg.“ folgendes Schreiben zu: Vor einigen Wochen hat die R.-Zeitung ein Artikel gedruckt, wodurch wir (Russen) erfahren mit Erstaunen, daß preußen beabsichtigt hat ein Teil v. Russischen Territorium mit Gewalt von Rußland abzunehmen, um ein neutrale Staat „Polen“ zu formiren, damit preußen um seine Grenze von Rußland sicher wäre daß wir preußen nicht berauben (?) Wir, Offiziere der großen Festung in Kowno, direct gegen Preußen abgeheute, — haben die Ehre Ihnen mitzuteilen daß wir und unsere Arme, anstatt einer ein Stückchen Russisches Territorium abzugeben, kommen bald bis Berlin schlagen und wie Räuber gefangen werden sollen, stehen euch alle aus wie Sch. . . . (Nun folgen Schimpereien auf alle Preußen, auf Frl. Bismarck und den Kaiser, welche wir nicht wiedergeben können.) Der Teufel soll euch bald holen auf Wiedersehen in Berlin! —

russische Offiziere in Kowno. Dazu bemerkt die „Kreuz-Ztg.“: „Die Franzosen meldeten sich 1870 bekanntlich in Berlin an; sie kamen auch rechtzeitig an — als Gefangene. Also auf Wiedersehen!“ — Bieleicht sind aber diese „Offiziere“ weiter nichts als schlechte Witzbolde.

* [Die Zahl der Polen] in Oesterreich-Ungarn, Preußen und Rußland berechnet der polnische Statistiker Gynski auf 12 1/2 Millionen. Davon entfallen auf Oesterreich-Ungarn 2 930 338, auf Preußen 2 673 000 (976 700 auf Posen, 468 900 auf Westpreußen, 923 800 auf Schlesien, 300 000 auf Rußland und 3600 auf Pommern); auf Rußland kommen 6 900 256 Polen.

* [„Verstaatlichung der Reichsbank.“] Den Teufel durch Beschluß auszutreiben, befürwortet die „Kreuz-Ztg.“. Daß der gegenwärtige Reichsbanktanzler auf Grund des § 26 des Bankgesetzes allgemeine Verfügungen wie diejenige betreffend den Ausschluß der russischen Papiere von der Belegung durch die Reichsbank erlassen kann, erscheint der „Kreuz-Ztg.“ ganz in der Ordnung. Sie führt aber das Schlußwort von einer „gründlich liberalen Ära im Reich“ und befürwortet deshalb — Verstaatlichung der Reichsbank. Als ob der Ausschuss der Reichsbank nicht jetzt schon machtlos genug ist.

* [Genossenschaftsgesetz.] Im Reichstagsamt finden augenblicklich communalfürliche Beratungen über einen Entwurf zu einem Genossenschaftsgesetz statt.

* [Altenburgische Berufsgenossenschaft für land- und forstwirtschaftliche Betriebe.] Die sächsisch-altenburgische Regierung hat für das Gebiet des Herzogthums Sachsen-Altenburg die Bildung einer

Heute wurde uns ein frommer
Junge geboren. (1781)
J. Mannheimer
und Frau.
Statt besonderer Meldung.
Fran Elvire Peterssen,
geb. Gels,
Heinrich Goertz,
Verlobte. (1794)
Danzig. Bonifacius
Verlobte:
Flora Willdorf,
Isidor Grodzicki.
Danzig. Kosen (Köpen).

Nach langem Leiden entschlief
heute Nacht 12 1/2 Uhr mein
innigstgeliebte Gattin, Schwester
und Schwägerin
Ida, geb. Nais,
in ihrem 36. Lebensjahre.
Diese traurige Nachricht allen
Verwandten und Freunden.
Der trauernde Gatte
Gustav Wendt
nebst 3 Töchtern.
Die Beerdigung findet Son-
ntag, Nachmittag 2 Uhr, vom
Trauerhause Breitengasse Nr. 61
aus statt. (1803)

Heute Morgen 3 1/2 Uhr starb nach
kurzem, schweren Leiden mein innig
geliebter Mann, unser guter Vater
Johann Szepanski
im 53. Lebensjahre. Dieses zeigen
tiefbetruert an (1795)
Die trauernden Hinterbliebenen.
Danzig, den 17. November 1887.

Nach Thorn
erhebt Wagenladungen jeden Freitag
und Sonnabend, Güter-Annahme im
Neuen Güterbahnhof (Dorfengasse).
(1803) **Johannes Jek.**

Loose!
Höherer Bombardement-Lotterie, Haupt-
gewinn 75 000 M., a 3,50 M.
Berliner Kunst-Ausstellung-Lotterie
a 1 M. zu haben in der
Expd. der Danziger Zeitung.

Der Confirmandenunterricht
beginnt Mittwoch, den 23. d. M.
Bis zu diesem Tage nehme ich
Anmeldungen von Confirman-
den entgegen
Rabbiner Dr. Werner,
Breitengasse 17. (1804)

Hühneraugen
und eingewachsene Nägel behandelt
sorgfältig
H. v. Salswies,
(1773) Schmiedegasse 27.

Sette Gänse u.
Enten,
wie sehr schöne
Suppenhühner
empfiehlt (1769)
Magnus Bradke.

Astrachaner Caviar,
Weichsel-Caviar,
beide mild gesalzen,
delicat Räucherlachs,
delicate Spitzgänse
mit und ohne Knochen,
feinste Gothaer
Cervelatwurst,
f. Braunschweig.
Mettwurst,
Niesennemannungen
Anchovis,
russ. Sardinen,
Appetit-Sild,
Maronen,
Zeltower Rübchen etc.
empfiehlt in neuer schöner Qualität
Carl Studti,
Heilige Geistgasse 47,
Ecke der Kuhgasse. (1791)

22, Holzmarkt 22.
Soeben empfang neue
Sendung:

Beste Kugelnwälder Spitzgänse
mit und ohne Knochen,
feinste Gothaer Cervelatwurst,
Trüffelleberwurst,
Sardellenwurst,
Frankfurter Würstchen,
Bar 25 A,
Prima Astrachaner Perl-Caviar,
Echte Zeltower Dauer-Rübchen,
Dillgurken,
Sensgurken,
Pfeffergurken,
Neunaugen,
Kollmops,
marinierte Geringe } delicat
anbereitet.
Rudolf Baecker,
22, Holzmarkt 22.
Zorn, Nachsch. Regulierung und
Aufnahme, sowie äußerst billige
Kapitalien offerirt **Arnold,** Sand-
grube 47. (1811)

Neue und große Sendungen
in
Tricothandschuhen.
Den Preis für meine Hauptqualität Tricothandschuhe, Qualität I, auf 60 A in
allen Größen, werde ich durch meinen Abbruch von Hunderten Dutzenden für die ganze
Winterzeit halten können und nur durch günstige Masseneinkäufe bin ich im Stande
einen reinwollenen 4 Knopf langen und schwer ausfallenden Handschuh der regulär
Nr. 1. - toster, in fehlerfreier und anerkannt guter Waare für 60 A abzugeben.
Paul Borchard,
80, Langgasse 80,
Ecke der Bollwegergasse.
Anerkannt größte Auswahl
in
Cravattes.
En gros. En detail.

Photogr.-artist. Atelier
von
Gottheil & Sohn,
Hundegasse 5.
Die Aufträge für Copien und Vergrößerungen zum Weih-
nachtsfesten erbitten wir frühzeitig, damit dieselben mit der bekann-
ten Sorgfalt ausgeführt werden können. (1644)

Saison-Ausverkauf
von
Damen- und Mädchen-Mänteln.
Um vor Schluß der Saison mit den
bedeutenden Beständen
meines Winterlagers
vollständig zu räumen,
habe ich mich entschlossen einen
Ausverkauf
zu eröffnen, und bietet derselbe die beste Gelegenheit
zu außerordentlich günstigen

Weihnachts-Einkäufen.
Hochachtungsvoll ergebenst
Max Loewenthal,
37. Langgasse 37.
Special-Geschäft für Damen- u. Mädchen-Mäntel.

Empfehle mein reich sortirtes
Belzwaaren-Lager
zur geneigten Beachtung. (1805)
Ludwig Schwander.

Hochfeine Tafelbutter,
Pumpernickel
in fastigen Broden,
diverse Sorten
französischer Käse
empfiehlt
Carl Studti,
Heilige Geistgasse Nr. 47,
Ecke der Kuhgasse. (1792)

Glasgeschäft-Verkauf.
Das im besten Gange befind-
liche Glas-Geschäft Firma
G. Hindenberg & Co., Danzig
ist wegen Todesfall des Inhabers
unter sehr günstigen Bedingung
zu verkaufen. Nähere Auskunft
erteilt **H. Weisner,** Danzig
Langgasse 37. (1799)

C. Lehmkuhl,
Bollwegergasse 13.
Offere meine gebrühten
Kunden eine größere Auswahl
zurückgesetzter
Waaren
aus allen Abteilungen meines
Lagers
zu wirklich
billigen Preisen.
Andere courante Artikel
mindestens ebenso preiswerth
wie in jedem
fogenannten
Ausverkauf. (1774)

Sichere Existenz!
Zu einem äußerst rentablen Unter-
nehmen (mindestens 100 % Gewinn)
ohne Risiko, wird ein Teilnehmer mit
disponiblen 3600 M. gesucht. Gest. Off.
anb. 1789 in der Exped. d. Bl. erbeten.
Ein gutes
Grundstück,
mügl. mit Garten, verzinsbar u. mügl.
außerhalb des hohen Thores, suche zu
kaufen. Off. mit Ang. d. Nr. a. Preis
unter 1787 an d. Exp. d. Bl. erbeten.
Für Ein- u. Zwei- u. Drei- u. Vier-
st. fast ganz neuer Mantel billig zu
verkaufen. Abt. unter Nr. 1788 an die
Expedition dieser Zeitung.
Perfekte u. einfache Landwirthinnen,
Kindergärtnerinnen mit vorzügl.
Zeugnissen, junge Mädchen a. Stube
der Hausfrau, Ladenmädchen jeder
Branche, herrsch. Köchinnen, Stuben-
mädchen für Danzig u. Güter, Haus-
mädchen, Kindermädchen, Kinderfrauen
empfehlen zum bevorstehenden Wechsel
J. Dan, Heil. Geistgasse 99.

Der Ausverkauf zu Tagespreisen
des
Max Sternfeld'schen
Concurs-Lagers
1. Damm 21
wird fortgesetzt und wird besonders auf eine große Aus-
wahl fertiger Winter-Ueberzieher in den
vorzüglichsten Stoffen und elegantester Arbeit, sowie auf
fertige Anzüge, Schlafrocke, Reise-
röcke etc. aufmerksam gemacht. Die Preise sind, um
schnell zu räumen, fast um die Hälfte billiger
als früher. Verkaufszeit v. 8—1 Uhr u. von 3—7 Uhr.
1. Damm Nr. 21.
Estimos, Floconnés, Ruckelins, Tuche u. Satins
meterweise spottbillig. Anzugstoffe in den schönsten Dessins und
in großer Auswahl. (1758)
NB Bestellungen nach Maß werden von dem großen Stoff-
Lager ebenfalls billig und bestens ausgeführt

Culmbacher Exportbier
von
J. W. Reichel.
(Seit ca. 50 Jahren Lieferant an C. Kiesling, Breslau)
in Gebinden von 30—100 Ltr. und in Flaschen, empfehlen
die Niederlagen
A. Schröder, Hotel d'Oliva,
Holzmarkt 6,
Robert Krüger,
Hundegasse 34. (1708)

Fußböden
werden sauber gebohrt und nach
Fertigstellung sofort benutzbar.
(1695) **Schramm,** Dienergasse 10.
Ein junger Mann, mit Buchführung
und Correspond. vollst. vertraut,
sucht u. bescheid. Anspr. Stell. Gef.
Off. u. J. Sch. 270 in d. Exped. der
„Allpreuß. Ztg.“ Elbing, erbeten.

12000 Mark
zur 1. Stelle zu mäßigen Bieten auf
ein städtisches, neugebautes, massives
Geschäftshaus gesucht. Offerten an d.
postlagernd Neustadt Wehr. erbeten.

Einen Lehrling
mit den nöthigen Schulkennt-
nissen sucht die Manufactur-
und Fein-Handlung
E. Gohn jr., Bollwegergasse 10.

Der bisher zu einem Herren-Garder-
roben-Geschäft benutzte
Laden
Breitengasse Nr. 6 ist per sofort zu ver-
mieten. Näheres bei **H. Bloß,**
Langgasse Nr. 36. (1804)

Langgasse 67,
Eingang Portenhausgasse, ist
ein Laden
mit großem Schaufenster, Gasheizung-
ung etc. per sofort zu verm. Näh. bei
F. W. Puttkammer.

Kaiser-Passage,
Milkannengasse 8.
Heute Donnerstag, sowie jeden
folgenden Dienstag und Donnerstag
Großes Familien-Concert bei freiem
Entree. Anfang 7 1/2 Uhr. (1611)
Ergebenst

Oscar Schenck.
Delicatessen-Handlung
C. Bodenburg,
Bentlergasse Nr. 14.
Heute Abend:

Eisbein mit
Sauerkohl.
Restaurant Eylert,
Heil. Geistgasse 24,
empfiehlt

guten Tagstisch
von 12—3 Uhr.
2 Gänge 60 A, 3 Gänge 80 A, und
Vierte: Engl. Bräunen und Amster-
damer Exportbier. (1801)

Café Noetzel.
II. Petersbagen, 2. Damm links
außerhalb des Petersbager Thores.
Freitag, den 18. cr.:
Grosses Extra-Concert,
besteh. in Violon., Violin., Cello-Soli.
Anfang 4 Uhr. (1770)
Entree a Person 10 A.

Apollo-Saal des Hotel du Nord.
Freitag, den 25. November er.,
Abends 7 1/2 Uhr,
Großes Concert
mit Orchester

von
Emil Kronke,
Pianist aus Dresden,
unter Mitwirkung von
Frau Julie Müller Böchi,
Concertsängerin aus Dresden
und der Kapelle des 4. Ostpreuss.
Grenadier-Regts. Nr. 5. (Kapell-
meister C. Theil.)

NB. Dem Concertgeber wurde die
hohe Ehre zu Theil, in einem Concert
vor dem Königlich Sächsischen Hofe
spielen zu dürfen, ferner erhielt
derselbe in Dresden bei dem Con-
currenz-Spiel
im Jahre 1886 den 1. Preis: Einen
Königlichen Concert-Flügel,
im Jahre 1887 die höchste Aus-
zeichnung: Das Preis-Zeugniß.

Billets: Numerirt a 3 M., Steh-
plätze a 1,50 M., Schülerbillets a 1 M.
bei **Constantin Riemann,** Musikalien-
und Pianoforte-Handlung (1582)

Stadt-Theater.
Freitag, den 18. November. 2. Serie
roth. 45. Ab. - Verfall. P. P. L.
Alexandro Stradella. Romantische
Oper in 3 Akten von Flotow.
Vorher: **Er ist nicht eifersüchtig.**
Lustspiel in 1 Akt v. Alexander Cl.

Wilhelm-Theater.
Freitag, den 18. November 1887,
Anfang 7 1/2 Uhr,
Große Vorstellung.
Novität!
Eine Huiarentochter,
Militär. Schwan mit Gesang.
Auftreten sämtlicher Specialitäten.
Mons. Emilien.
Daro Troupe.
Zare Troupe.
Frl. Valerie, Frl. Helen, Fr. Behrens
und Frl. Stefanie, Fr. D. Köhler.
Chic.

Warum Sonntag nicht erschienen.
Bitte Nachricht unter derselben Adr.
Druck u. Verlag v. **H. B. Lafemann**
in Danzig
Dazu eine Beilage.

Donnerstag, 17. November 1887.

Expedition Rudolf Wisse das Recht der
einigen Annoncen-Aannahme übertragen.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute unter Nr. 1478 eingetragen:

Die Firma **J. Grunow** ist erloschen. (1759)

Danzig, den 15. November 1887.
Königliches Amtsgericht X.

Verpachtung.

Die zur kath. Pfarrei Vessen gehörigen Parzellengründe, bei Vessen gelegen, 423 Morgen; wovon 298 Morgen Weizenboden sind, sollen auf 10 Jahre, vom 1. Juli 1888 bis zum 1. Juli 1898 verpachtet werden.

Hierzu ist ein Termin auf **den 5. Dezember d. J.**

Vormittags 10 Uhr in der hiesigen Pfarrei angesetzt. Als Caution sind vor der Pachtung 600 Mark zu hinterlegen. Die Pachtbedingungen können beim Kaufmann Herrn C. Feste in Danzig Johannisgasse 41 eingesehen werden. Es wird noch bemerkt, daß Bahnhofs- und Chansee vor der Thüre des Pächters sich befinden.

Vessen, 11. Novbr. 1887. (1525)

Der kath. Kirchenvorstand.

Hamburg-Danzig.

Dampfer „Ferdinand“ wird ca. 20. November von Hamburg direct nach Danzig expedirt. (1724)

Güter-Anmeldungen bei

L. F. Mathies & Co.,

Hamburg.

Ferdinand Prowe,

Danzig.

An Order

sind pr. **Romy SS. v. Copenhagen**

ex **A. N. Hansen** von Bordeaux

P. S. 1359 **1 Fass Cognac,**

ex **Valdemar** von Bordeaux

T A 12 274

C. S. & O 12 275

2 Fass Wein,

1 Fass Wein

eingetroffen.

Die Inhaber der girirten Order-

Connossemente wollen sich schleunigst

melden. (1765)

F. G. Reinhold.

Berlin Kunst-Anstellungs-

Lotterie, Ziehung 21. u. 22. Novem-

ber er, Loose à M. 1.

Loose der Weimarschen Lot-

terie II. Serie à M. 1.

Loose der IV. Baden-Baden-

Lotterie à M. 2,10,

Köln-Dombau-Lotterie,

Hauptgewinn 75 000 M., Loose

a 2,50 M. bei (1797)

Th. Bertling, Gerbergasse 9

Der Verkauf der Ber-

liner-Loose wird bald ge-

schlossen.

Dr. Scheibler's

Mundwasser

nach Vorschrift des Geh. Sanitätsraths Prof. Dr. Bismarck, welches das Stocken der Zähne, verhindert, dauernd den Zahnschmerz, erhält das Zahnfleisch gesund und entfernt sofort jeden üblen Geruch aus dem Munde.

Preis: 1/2 Fl. M. 1.—, 1/2 Fl. M. 0,50.

Allein bereitet von

W. Neudorf & Co., Königsberg i. Pr.,

Anstalt künstl. Bade-Surrogate.

Jede Flasche von Dr. Scheibler's Mund-

wasser muss mit unserer Firma W. Neu-

dorf & Co. und obiger Schutzmarke ver-

sehen sein. Dasselbe gilt von Dr. Scheibler's

Aachener Bädern.

Niederlagen in Danzig bei den

Herren **Albert Neumann, Gebr.**

Paetzold, Richd. Lenz, Herm Lin-

denberg, Apoth. R. Scheller, Apoth.

Herm. Lietzau, Apoth. Carl Seydel,

A. Heintze's Apotheke, Apoth. G.

Hildebrand, Apoth. O. Michelsen,

F. Reutener, Ap. th. A. Roh-

leder's Nachf., Richd. Zschänt-

scher, F. Domke, Gr. Krämergasse 6.

Didiers

Gesundheits-

Senfkorner

sind wieder von Paris einge-

troffen und echt zu haben in

dem Depot für Danzig bei

Albert Neumann,

Langenmarkt 3. (1684)

En detail

CLARIPHON

neues Musikwerk

mit 2000 wechselbaren

Noten in Metall

Das Clariphon mit unzer-

brechlichen Stahlstäben garantirt

und ca. 2000 wechselbare Musikkü-

nde von Metall (nicht Pappe) bietet

für Tanzen, Klavierbegleitung, Kir-

chenmusik u. das Vollkommene. Preis

pro Clariphon mit einem Musikstüd

und Klirr M. 27,50, jedes besondere

Musikstüd 0,75 M. — Verkauft nur

gegen Baar oder Nachnahme.

Außerdem große Auswahl Har-

moniums, Accordions, Spielböden u.

Manfrirter Preisreduktion gratis und

franco. (1857)

B. Behrendt, Friedrichstr. 160.

Brodhänfengasse 8.

Feinste Leber-Trüffelwurst, Blut-

und Cervelatwurst, selbstgefertigtes

Fabrikat. Täglich frische Tafelbutter.

Gichen- und Buchen-

Mukholz in Rollen billigst bei

W. Hoffmann, Danzig,

Altstadt, Graben 45. (1590)

Sieben erschien in meinem Commissionsverlage:

Der Morgenstern.

Ein Andachtsbuch in biblischen Betrachtungen auf alle Tage des Jahres nebst Gebeten und Liedern in Notendruck, von denen 14 aus dem Englischen und Dänischen frei überlest sind von

Dr. Johannes Rindfleisch,

Pfarrer zu Trutenau und Herzberg bei Danzig.

25 Bogen gr. 8o. Preis brosch. 5 Mark, geb. 6 Mark.

Das Buch, welches für jeden Tag eine Betrachtung von einer Seite über eine Schriftstelle enthält, ist ganz besonders geeignet, in das Verständnis der hl. Schrift tiefer einzuführen. Die ausländischen Lieder sprechen durch ihre gefälligen Melodien und ihren schönen Text in hohem Grade an. Die Ausstattung ist sauber und würdig. Das Buch ist jeder christlichen Familie ohne Unterschied des Standes zur täglichen Hausandacht zu empfehlen und wird, wenn einmal bekannt, sich leicht einbürgern.

Der Reinertrag ist zum Besten der Trinker-Heilsanstalt „Zum guten Hirten“ für Ost- und Westpreußen bestimmt.

Danzig.

A. W. Kafemann.

An- und Verkauf von Effecten,

Versicherung

von Loosen und anderen Werthpapieren,

Kostenfreie Coupons-Einlösung,

Aufbewahrung und Verwaltung von

Werthpapieren und Documenten.

Wir übernehmen alle den Umlauf und die Verwaltung von Werthpapieren betreffenden Operationen und gewähren unseren Auftraggebern die günstigsten Bedingungen.

Annahme von Depositen.

Für Baareinlagen vergüten wir gegenwärtig:

a) wenn rückzahlbar ohne Kündigung 2 1/2 %

b) wenn rückzahlbar auf mindestens einmonatliche Kündigung 3 %

ohne Berechnung von Provision und Spesen.

von Roggenbucke Barck & Co.,

Bank-Commandit-Gesellschaft in Danzig,

42, Langenmarkt 42.

Providentia,

Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft.

Begebenes Grundkapital M. 17 142 857.

Abtheilung für Lebens- und Unfall-Versicherung.

General-Agentur-Danzig:

Georg Goedel,

Johannisstr. 28.

(9990)

Verkauf eines Gold-, Silber- und

Alfenide-Waaren-Lagers.

Das zur Jeweller Georg Griese'schen Konkursmasse gehörige Lager von Gold-, Silber- und Alfenide-Waaren, von Korallen- und Granat-Garnituren u. abgesetzt inclusive Gefäßes-Alfeniden auf ca. Mark 8000, soll bei angemessenem Gebote im Ganzen verkauft werden. Termin zur Ermittlung des Meistgebots:

Freitag, den 18. November er.,

Vormittags 11 1/2 Uhr,

Hundegasse Nr. 70 I. Tage und Bedingungen können daselbst eingesehen werden.

Käufer kann das Ladenlokal 1. Damm Nr. 10 sofort und bis zum 15. März 1888 übernehmen.

Der Verwalter der Georg Griese'schen Konkursmasse.

Richard Schirmacher.

(1602)

Aränze! Aränze! Aränze!

empfehlen zum bevorstehenden Todestage billigt

Otto F. Bauer,

Milchannengasse 7 und Neugarten 31. (1727)

Der Concurs-Verwalter.

R. Block.

(1765)

Die Malz-Extract-Präparate

Malz-Extract und Caramellen

von **L. H. Pietsch & Co.** in Breslau. En gros à Flasche M. 1, 1,75 und 2,50. Caramellen nur in Beuteln (niemals lose) à 30 und 50 g. Nur echt, wenn auf jeder Flasche und jedem Beutel diese Schutzmarke steht.

Bezogen haben von uns in Danzig die **Elephanten-Apotheke** u. die **Altstadt-Apotheke**, ferner **Albert Neumann, Carl Paetzold**; in Carthaus Apoth. **Ed. Tacht**; in Dirschau Apotheker **K. Magierski**; in Elbing Apotheker **Ad. Kellner Nachf.**; in Tiegendorf **J. Freyer.**

Anerkennung. Der Wahrheit gemäß theile ich Ihnen hierdurch mit, dass ich schon mehrfach Ihr Malz-Extract mit der Schutzmarke „Huste-Nicht“ bei meinem Töchterchen gegen Heiserkeit und Husten mit wirklich gutem Erfolg angewandt und da dasselbe vor kurzem vom Keuchhusten befallen wurde, so habe ich ebenfalls Ihr Fabrikat degegen angewandt, worauf eine vortrefflich gute Wirkung eintrat; ich kann daher einem Jeden bei derartigen Krankheitsfällen Ihr Mittel mit gutem Gewissen empfehlen. (9622)

Büdingen (Hessen), 29. August 1887.

A. H. Trabant.



Aug. Zeiss & Co. Berlin,

Leipziger-Strasse 107.

Die Versicherung

von **Röln-Weindener 3 1/2 proc. Prämien-Anleihe,**
Kurbessischen 40 Thaler-Losen,
Meininger 4 proc. Prämien-Pfandbriefen
deren nächste Ziehung

am 1. Dezember er.

stattfindet, übernehmen wir zu Berliner Prämienfüßen.

Meyer & Gelhorn,

(1782)

Bank- und Wechsel-Geschäft,

Langenmarkt NO. 40.

Röln-Dombau-Lotterie.

Ziehung am 23., 24. u. 25. Febr. 1888

Haupt-Geld-Gewinne:

75 000 M., 30 000 M., 15 000 M.;

2 Mal 6000 M., 5 Mal 3000 M., 12 Mal 1500 M., 50 Mal 600 M.,

100 Mal 300 M. und noch 1200 Geldgewinne mit zusammen 90 000 M.;

außerdem aber noch Kunstwerke im Werthe von 60 000 M.

Im Ganzen 375 000 Mark.

Loose à M. 2,50 sind zu haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

A. Ulrich, Danzig.

Specialität:

Spanische, griechische, italienische,

ungarische und Cap-Weine.

Comtoir und Verkaufslager:

18, Brodbänkgasse 18.

Reconvalescenten von ärztlicher Seite empfohlen:

Mavrodafné . . . M. 1,85

Lagrymas . . . 1,80

Dunkler Malaga . . . 1,85

Ferner:

Portwein . . . M. 1,50

Sherry . . . „ 1,50

Madeira . . . „ 1,50

Moscatel . . . „ 2,00

Marsala . . . M. 1,50

Alicante . . . „ 1,60

Malvasier . . . „ 1,85

Pajareta . . . „ 2,50

etc. etc. etc.

per Flasche (1/4 Ltr.) incl. Flasche.

In Gebinden von 10 Ltr. an billiger. — Versandt nach auswärts

prompt. — Ausführliche Preiscurante gratis und franco.

Garantirt rein und echt. (8933)

S. Deutschland,

empfehlen sein gut fortirtes

Belzwaaren-Lager

in Muffen, Kragen, Barett's und Kinder-Garnituren in den neuesten

Belzgaattungen, elegant gearbeitet, zu auffallend billigen Preisen.

S. Deutschland,

No. 82, Langgasse No. 82, am Langgasser Thor.

Belz-Reparaturen werden angenommen und billigt effectuirt.

In der bevorstehenden Winter-Saison

empfehle mein Atelier für Anfertigung von einfachen sowie eleganten Strahlen- und Gesellschaftsroben zu dem billigsten Preise und sauberster Ausführung.

Emma Lemcke,

(1716) Langgasse 69, 3. Etage.

Empfehle mein Lager von:

Patentachsen, sowie einfach gedrehten Achsen mit und ohne Lappen, Reserve-

theilen zu Patentachsen, Wagenfedern,

Hemmspindeln, Schraubstockspindeln.

Nicht vorräthige Theile werden in kürzester Zeit nach Maß angefertigt; ebenso wird jede Metallarbeit aufs schnellste ausgeführt.

R. G. Kolley, Danzig, Fleischergasse 89,

(1609) Schmiede und Wagenbauerei mit Dampftrieb.

National Vieh-Versicherungs-

Gesellschaft zu Cassel,

empfohlen durch namh. landw. Central- und Kreisvereine, welche

lestere vielfach Vereinsuchthiere in Versicherung gaben, vers-

ichert: Pferde, Rindvieh und Schweine, sowie größere ganze

Viehbestände, gegen alle Verluste.

National, Trichinen-Gefahr

einzelner Schweine u. im Abonnement. Entschädigung Markt-

bez. Einkaufspreis voll — ohne Abzug.

Versicherungen vermitteln die Herren Vertreter:

Rentier Louis Crohn, Oberinspector und Hauptagent,

Fleischergasse 71.

Rentier H. Mensor, Milchannengasse 15,

Rentier Walther Wolf, Langgarten 70 und

August Gorschalki, Stadtgebiet 45

Flügel mit Steinway, Erard- und deutscher Mechanik,

Pianos mit Patent-Repetitions-Mechanik,

empfehlen

C. J. Gebauhr,

Königsberg in Pr. (9933)

Ein kleines einträgliches Geschäft

ist Familienverhältnisse halber unter den günstigsten Bedingungen zu

verkaufen

Gef. Offerten unter Nr. 1764 in der Expedition dieser Zeitung

erbeten.

Agenten ersten Ranges

welche mit besseren Restaurants und Cafes in Verbindung stehen, zur Ein-

führung eines patentirten

epochmachenden Artikels

von größter und leichtester Verbreitungsfähigkeit an allen Plätzen gesucht.

Offerten sub W. 5766 an H. Woffe, Köln. (1771)

Julius Dauter,

3. Gr. Schmachergasse 3,

Flanelle, Hottongs,

Frtsaden, Piquemol-